

Beschluss des Landesausschuss der Jusos Baden-Württemberg vom 6. März 2022

#StandWithUkraine

Der 24. Februar 2022 wird als ein schwarzer Tag für Europa in die Geschichte eingehen. An diesem Donnerstag hat Wladimir Putin einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Es ist die größte Invasion seit Ende des zweiten Weltkriegs – mitten in Europa. Diese Offensive ist die Fortsetzung des Kriegs und der Politik Putins gegenüber seinem Nachbarstaat seit 2014. Die erneute Aggression Putins ist ein grundlegender Bruch des Völkerrechts und zerstört die Sicherheitsordnung Europas. Durch praktisches Handeln erklärt Putin Grundsätze für nichtig, die unsere internationale Ordnung seit dem Westfälischen Frieden prägen und nach 1945 zentraler Grundstein der Vereinten Nationen und des modernen Völkerrechts geworden sind. Was technisch klingt, ist nichts als rohe Gewalt und der Versuch, das Recht des Stärkeren durchzusetzen. Vor allem verursacht dieser Krieg aber eines: unglaubliches Leid. Er kostet unzählige Menschenleben – ukrainische, wie russische.

Wir stehen unmissverständlich an der Seite der Ukraine. Den Ukrainer:innen, die Schutz suchen, die fliehen oder kämpfen, ihnen allen gilt unsere Solidarität. Wir stehen zu einer freien und demokratischen Ukraine, die souverän über ihre Zukunft entscheiden kann. Dieses vermeintliche Recht des Stärkeren darf und wird sich nicht durchsetzen.

Mit dieser Haltung sind wir nicht allein. In der internationalen Staatengemeinschaft hat sich eine Koalition gegen die russische Aggression gebildet, die Völker und Kontinente überspannt. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland, Europa und der Welt ist sich einig: in diesem Krieg gibt es keine argumentatorische Grauzone, kein "Aber", keine Rechtfertigung. Das ist Putins Krieg und er ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen.

Wir erklären uns ebenso solidarisch mit all jenen, die sich in Russland gegen die Verbrechen Putins auflehnen und dafür Gefangennahme, Folter und Tod riskieren. Wir stehen an der Seite all derer, die dieser Tage zu tausenden auf die Straße gehen, um eines zu zeigen: Putins Krieg ist nicht der Krieg der russischen Bevölkerung.

Dieser 24. Februar markiert eine Zeitenwende. Mit diesem Donnerstag hat sich die globale Ordnung fundamental verändert und auf Deutschland und Europa kommen damit neue Herausforderungen und mehr Verantwortung zu. Deswegen stehen wir in der Pflicht, diese Verantwortung anzunehmen und unsere Außen- und Sicherheitspolitik aktiv mitzugestalten. Als junge Generation, dürfen wir außerdem nicht den Zusammenbruch Jugoslawiens und den Kosovokrieg in den 1990ern, den Einmarsch Russlands in Georgien 2008, den andauernden Krieg im Donbass und den Krieg in Bergkarabach 2020 vergessen. Als internationalistischer Verband gehört internationale Solidarität zu unserem Selbstverständnis. Das in Sonntagsreden zu äußern, reicht aber nicht aus. Nach diesem Grundsatz gilt es auch politisch zu handeln.

Sicherheit & Verteidigung

“Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als 1 Minute schießen” - dieses Zitat von Helmut Schmidt ist aktueller denn je und muss der Grundsatz einer sozialdemokratischen und auch einer deutschen Außenpolitik sein. Deshalb fordern wir, dass weiterhin eine diplomatische Lösung angestrebt wird. Das soll in Absprache mit unseren Bündnis- und EU-Partner:innen stattfinden.

Trotzdem zeigt der Angriffskrieg auf die Ukraine auch, dass sich die Verhältnisse in unserer Welt ändern: Für Autokraten wie Putin ist Diplomatie eben nicht das höchste Gut und die Staatsgrenzen in Europa veränderbar. Wo unsere Diplomatie trotz jahrelanger Versuche scheitert, müssen wir unserem Grundwert der internationalen Solidarität trotzdem nachkommen und dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen.

Wir brauchen eine Bundeswehr, die in der Lage ist, unser Land und unsere europäischen Werte zu verteidigen. Gerade im Sinne der internationalen Solidarität haben wir eine Verantwortung gegenüber unseren internationalen Partner:innen, diese im NATO-Bündnisfall unterstützen zu können. Das gilt insbesondere in einem Bündnis, in dem wir nicht sichergehen können, auch nach den nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA den größten Bündnispartner in der Sicherung Europas an unserer Seite zu haben. Hier kommt insbesondere Deutschland als zweitgrößte Volkswirtschaft der NATO eine besondere Verantwortung zu. Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass Deutschland dazu bereit ist, unseren Bündnispartner:innen uneingeschränkt beizustehen und die Bundeswehr muss dazu tatsächlich in der Lage sein. Aus Respekt vor ihrem Dienst für unsere Freiheit und Demokratie, müssen wir unseren Soldat:innen die bestmögliche und sicherste Ausstattung gewährleisten können. Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen und Soldat:innen, die für ihre Einsätze optimal vorbereitet sind. Deshalb gilt es jetzt den Investitionsstau der letzten Jahre aufzulösen.

Das von Bundeskanzler Olaf Scholz eingebrachte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz zu verankern, begrüßen wir deshalb. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende; die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich geändert und wir müssen darauf reagieren, um auch in Zukunft unsere Werte verteidigen zu können.

Gleichzeitig blicken wir, wie auch in der Vergangenheit, kritisch auf die aktuellen Strukturen der Bundeswehr und fordern neben der Finanzierung auch eine Strukturreform. Das Sondervermögen muss effizient investiert werden, dafür braucht es eine kritische Evaluation der Beschaffungs- und Personalkosten. Gleichzeitig gilt es jetzt Entscheidungen über das zukünftige Anforderungsprofil der Bundeswehr zu treffen. Daran muss die nötige Ausrüstung der Bundeswehr ermittelt und anschließend entsprechend beschafft werden.

Auch wenn wir zu 100 Prozent hinter unsere Truppe stehen, die Berichte über Extremismus in der Bundeswehr sind alarmierend. Klar ist für uns, dass jede Form des Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, in der Bundeswehr mit absoluter Entschiedenheit entgegengetreten werden muss. In einer Truppe, die unsere Werte verteidigt ist kein Platz für Leute, die diese angreifen bzw. vernichten wollen.

Wir begrüßen die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Doch ein Angriffskrieg auf europäischem Boden stellt eine neue Situation dar. Solidarisch mit den Ukrainer:innen in ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie zu sein

bedeutet auch, sie militärisch nicht gegen Russland alleine zu lassen. Wir bekennen uns deshalb klar zu den deutschen Lieferungen von Defensivwaffen an die Ukraine. Wir solidarisieren uns mit der Ukraine bei der Verteidigung ihrer Souveränität und arbeiten weiter an einer Deeskalation im Sinne einer schnellstmöglichen Beendigung des Krieges.

Der aktuelle Krieg zeigt auch, dass außen- und sicherheitspolitische Fragen nur gemeinsam mit unseren Partner:innen beantwortet werden können. Die Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer europäischen Armee müssen nun entschlossen angegangen und zügig umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit - vor allem mit Frankreich- zeigt jetzt schon, dass nur eine gemeinsame europäische Strategie erfolgreich sein kann und unsere internationale Rolle stärkt. Dabei wollen wir vor allem das Amt der:des Hohen Vertreter:in der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in Zukunft stärken, um die Politik der europäischen Länder zu koordinieren und bei Drittländern zu vertreten.

Wirtschaft & Energie

Der 24. Februar bedeutet auch eine Zeitenwende unserer Wirtschafts- und Energiepolitik. Die Politik der Annäherung durch Handel ist gescheitert. Wir unterstützen den gemeinsamen Kurs der EU und unserer Verbündeten, Russland mit harten Finanz- und Wirtschaftssanktionen zu belegen und diese kontinuierlich auszuweiten. Schon jetzt treffen diese Maßnahmen die russische Wirtschaft hart. Putin und alle mit Verantwortung für diesen Krieg müssen die Konsequenzen ihres Handelns spüren. Zu diesem Zweck ist es wichtig, die Sanktionen auch durch die internationale Staatengemeinschaft zu stützen und eine globale Haltung gegenüber diesem Angriffskrieg zu bewahren. Zentral dabei ist, dass auch potentiell enge Partner:innen Russlands, wie beispielsweise China, von der Notwendigkeit überzeugt werden und ebenfalls Sanktionen umsetzen.

Die bis jetzt ergriffenen und alle weiteren Maßnahmen werden auch an uns nicht spurlos vorbeigehen. Wir sind angesichts der Situation der ukrainischen Bevölkerung bereit, diese Folgen zu tragen. Jedoch gilt es auch Menschen in Deutschland, die durch die finanziellen Auswirkungen der Sanktionen in ihrer Existenz bedroht werden, zu unterstützen. Darüber hinaus ist es essentiell, dass die sozialen und ökonomischen Folgen für Geringverdienende bestmöglich abgefedert werden.

Jetzt gilt es aber auch die richtigen innenpolitischen Konsequenzen zu ziehen. Deutschland und Europa müssen wirtschafts- und energiepolitisch unabhängig werden von autokratisch und diktatorisch geführten Staaten. Der Stopp der Nord Stream 2 Pipeline war dafür ein wichtiger, überfälliger Schritt.

An dieser Stelle gehören auch zu innenpolitischen Konsequenzen, dass Altkanzler Gerhard Schröder aufgefordert wird, seine Tätigkeiten für russische Staatskonzerne und -projekte wie Gazprom und der Nordstream 2 AG zu beenden und sich von diesen zu distanzieren, sonst ist die Aufnahme eines Parteiordnungsverfahrens der logische nächste Schritt.

Kurzfristig müssen Lücken in der Gasversorgung durch Flüssiggas gedeckt und dafür schnell alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Für energetische Unabhängigkeit von Russland ist der zentrale Hebel aber der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien. Viel zu spät reift nun die Erkenntnis: Energiepolitik ist Sicherheitspolitik und, ja, erneuerbare Energien

sind Freiheitsenergien, sie sind Friedensenergien. Die klimapolitische Notwendigkeit des weitaus beschleunigten Ausbaus von Solar- und Windenergie war klimapolitisch schon immer gegeben. Gut, wenn das sicherheitspolitische Argument nun auch andere politische Kräfte davon überzeugt.

Wirtschafts- und energiepolitische Unabhängigkeit zu erreichen, wird große staatliche Investitionen nötig machen. Als Verband mit dem Verständnis eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, der soziale Sicherheit genauso einschließt wie militärische, ist für uns klar: diese Investitionen dürften nicht zu Kürzungen, besonders im Bildungs- und Sozialbereich, führen. Als Sozialdemokrat:innen muss dies innenpolitisch unsere höchste Priorität sein, auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für scharfe Sanktionen gegen Russland nicht zu verlieren. Stattdessen muss diese Zeitenwende auch in der Fiskalpolitik ankommen: Die Schuldenbremse gehört abgeschafft.

Zivilgesellschaft & humanitäre Hilfe

Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung darf nicht am eigenen Geldbeutel und auch nicht vor der eigenen Haustür aufhören. Hunderttausende machen sich zur Zeit auf den Weg nach Europa, um bei uns Schutz zu suchen. Für uns ist völlig klar: unsere Türen stehen offen! Schon jetzt zeigen sich überall Menschen solidarisch und öffnen ihre Häuser und Wohnungen für geflüchtete Familien. Vor allem aber staatliche Stellen sind jetzt gefordert. Geflüchteten muss unbürokratisch und schnell geholfen werden. Wir begrüßen, dass sich die EU auf einen unkomplizierten und längerfristigen Schutzstatus geeinigt hat. Ukrainer:innen können so einer Arbeit nachgehen, sind krankenversichern und Kinder können zur Schule gehen.

Wie jedoch die letzten Tage gezeigt haben, häufen sich die Meldungen über rassistische Erfahrungen und Zurückweisungen an der polnisch-ukrainischen Grenze durch den polnischen und ukrainischen Grenzschutz. Auch bei diesen Menschen muss die antirassistische, unbürokratische und gemeinsame europäische Aufnahme als vereintes Europa erfolgen. Daher fordern wir endlich ein gemeinsames geregeltes Aufnahmesystem, dass die Aufnahme Geflüchteter für ganz Europa regelt und nicht den einzelnen Staaten überlässt.

Zentral ist es nun auch, der in der Ukraine verbleibenden Bevölkerung schnell humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Auch hier zeigt sich breite zivilgesellschaftliche Hilfsbereitschaft. Wichtig bleibt es hierbei, alle Unterstützung mit den Menschen und Verantwortlichen vor Ort abzustimmen. Gut gemeinte, aber blinde und unkoordinierte Unterstützung darf nicht dazu führen, dass wirklich benötigte Hilfe die Ukrainer:innen nicht oder nur schwerlich erreicht. Die deutsche logistische und finanzielle Unterstützung muss weiter ausgebaut werden.

Auch die ukrainische Zivilgesellschaft braucht jetzt unsere Unterstützung und finanzielle Hilfe. Deutschland und Europa müssen dafür schnell Mittel bereitstellen. Als Jugendorganisation haben wir dabei insbesondere Jugendorganisationen in der Ukraine im Blick. Wir schließen uns deshalb den Forderungen unseres Bundesverbands und seiner Partnerorganisationen an. Unter anderem sollen mindestens eine Million Euro für das Europäische Jugendwerk des Europarats für die Arbeit und zur Unterstützung von ukrainischen Jugendorganisationen zur Verfügung gestellt werden.